

r. 28

I. Bericht an das Bezirksamt

XXXXX 5.12.34

Viechtach.

8135

Überleitungsvorschrift zum Reichsjagdgesetz.

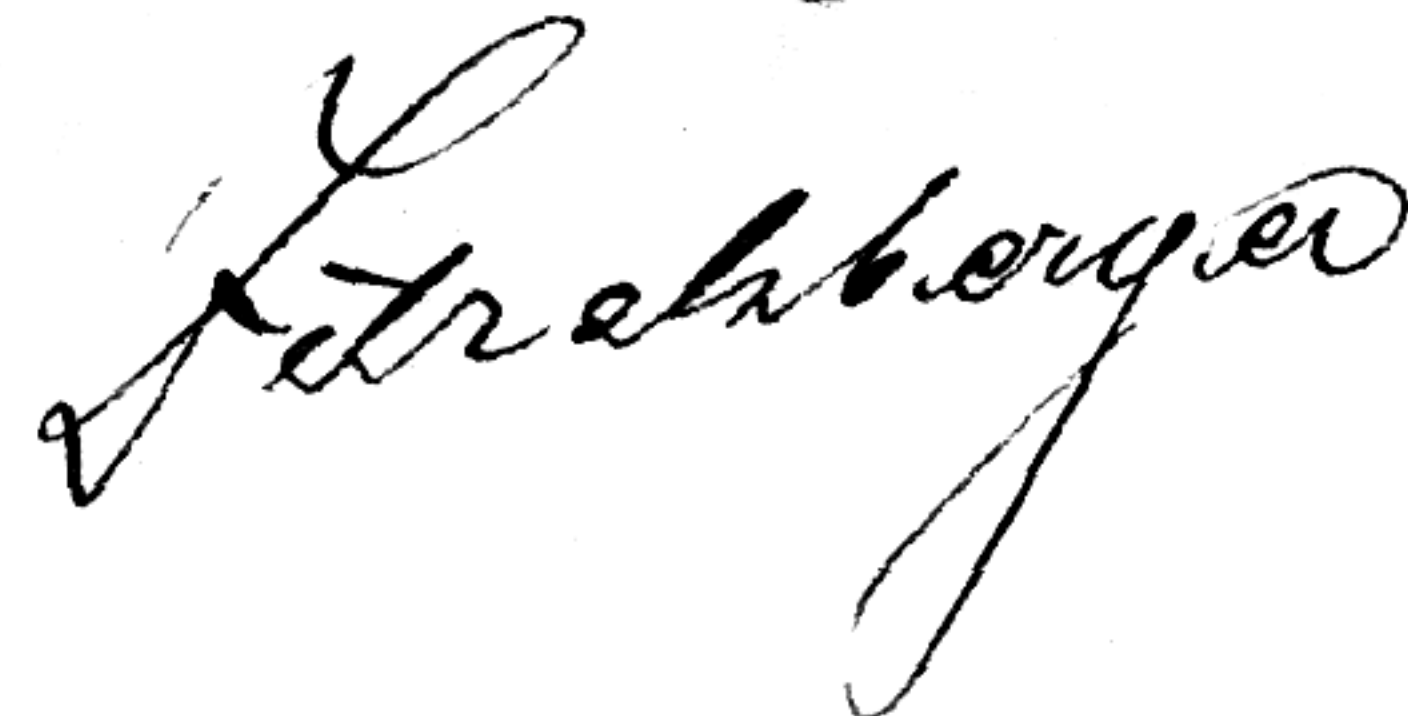
N.

Die Gemeindejagd Ruhmannsfelden war laut Pachtvertrag vom 11.1.1930 auf 6 Jahre an Herrn Oberlehrer Högn, dahier verpachtet. Die Pachtzeit wäre demnach am 31.12.1936 abgelaufen. Auf Grund VO. des Gesamtmin. v. 20.11.34 - Reg. Anz. Nr. 327/123 - hat der Pächter die Jagd unterm 31.12.1934 gekündigt, das Pachtverhältnis selbst endet aber erst am 31.3.1935.

Wir ersuchen um gefl. Mitteilung ob Oberlehrer Högn verpflichtet ist für die Zeit vom 1.1. - 31.3.1935 einen Teilpachtzins zu entrichten, oder ob der nach dem 31.3.1935 aufgestellte neue Pächter den Pachtzins des ganzen Jahres zu bezahlen hat und Oberlehrer Högn trotzdem jagdberechtigt ist.

Der 2. Bürgermeister:

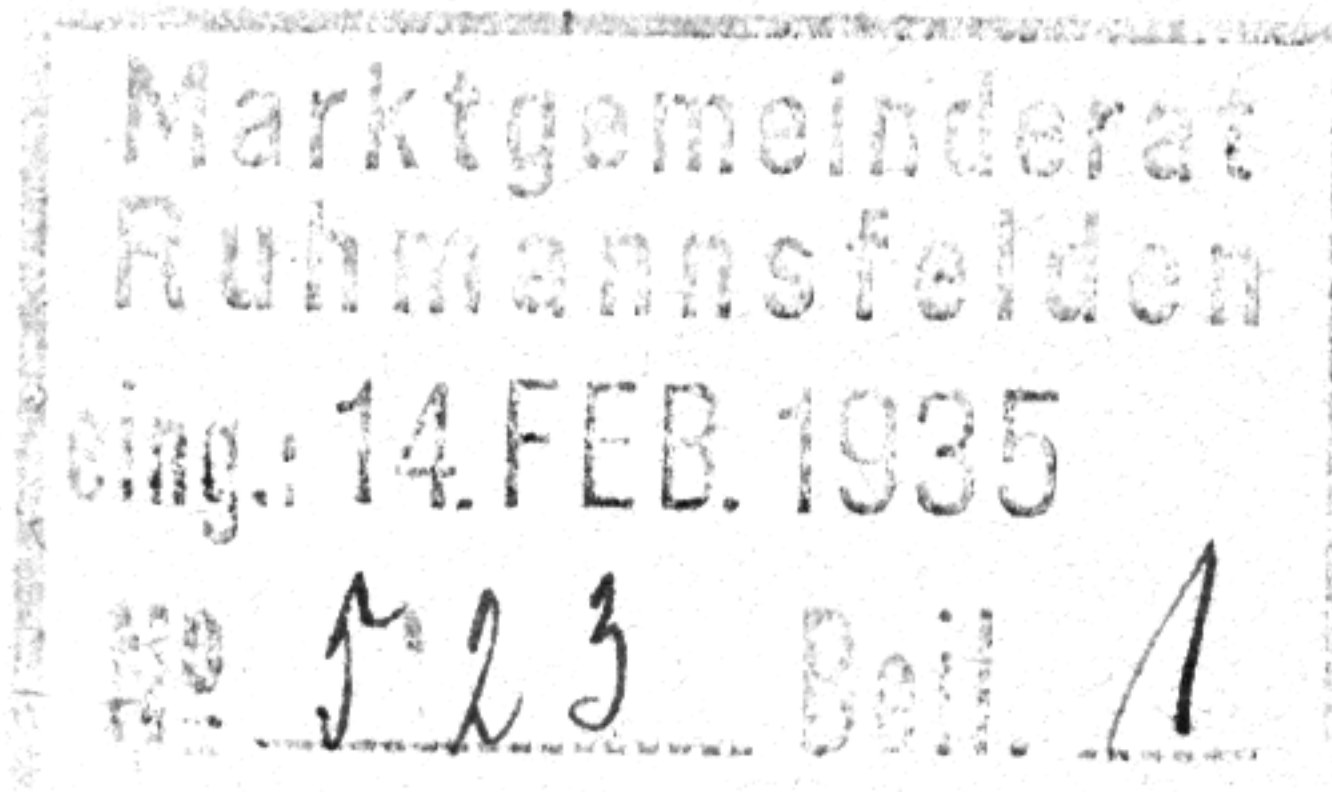
II. Wv. 20.1.35.



Bezirksamt Viechtach.

====Eilt sehr!====

An

sämtliche Gemeindebehörden.

Betreff: Vollzug des Reichsjagdgesetzes.

Beilage: 1 Abdruck der ME.

Unter Bezugnahme auf die beiliegende ME. haben die Gemeinden
s o f o r t zu berichten:

- 1) die Größe der Gemeindejagd bzw. der gemeindlichen Jagdbögen (nach ha), die Pachtdauer und die Pächter.
- 2) die im Gemeindebezirk vorhandenen Eifenjagdbezirke (Größe, Besitzer, Lage, angrenzende Jagdbezirke). Eine Lageskizze ist anzufügen.
- 3) Falls gemeindliche Jagdbögen die vorgeschriebene Größe (300 ha) nicht haben, ist ebenfalls Lageskizze beizugeben.

Die Berichte müssen unter allen Umständen bis 16.2.35 bei Amt liegen.

W e i b e l .

523

13. 2. 5.

I. Bericht an

das Bezirksamt

xxxxxx 12.2.35

Viechtach.

1093 B

Vollzug des Reichsjagdgesetzes,

N.

In Erledigung vorstehenden Auftrages berichten wir folgendes:

- Zu 1) Die Gemeindejagd Ruhmannsfelden umfasst ca. 579 ha. Dieselbe wurde laut Pachtvertrag 11. Januar 1930 an Herrn Oberlehrer Högn, dahier, auf die Dauer von 6 Jahren verpachtet. Die künftige Pachtzeit beträgt 9 Jahre. Der Pächter wird auf Grund der am 16. II. 1935 stattfindenden Jagd - Versteigerung bestimmt.
- Zu 2) Eigenjagden sind im Gemeindebezirk Ruhmannsfelden nicht vorhanden.

Die Jagdversteigerungs - Verhandlungen werden nach Abschluss dem Bezirksamt Viechtach übersandt.

II. Zum Akt.

Der 2. Bürgermeister:

Staatsministerium des Innern.

An

die Bezirkspolizeibehörden.

Betreff: Vollzug des Reichsjagdgesetzes; hier Überleitungsvorschriften.

Als Überleitungsbestimmungen zum Reichsjagdgesetz v. 3. 7. 34 (RGBl. I S. 459) wurden die VO. v. 20. 11. 34 (Bayer. Reg. Anz. Nr. 327, GVBl. S. 422) und die Min. Entschliessungen v. 11. 12. 34 (Bayer. Reg. Anz. Nr. 346), vom 18. 12. 34 (Bayer. Reg. Anz. Nr. 353) und vom 9. 1. 35 (Bayer. Reg. Anz. Nr. 10) erlassen. Hiezu ergehen folgende weitere Weisungen.

1. Nach der ME. vom 9. 1. 35 fallen den Bezirkspolizeibehörden zwei Aufgaben zu.

- a) Die Angliederung der Jagdbezirke, die mangels der erforderlichen Mindestgrösse nicht weiterbestehen können, an andere Jagdbezirke und im Rahmen dieser Aufgabe auch die Abrundung der beteiligten Jagdbezirke;
- b) Die Genehmigung des Abschlusses neuer und der Anpassung noch weiter laufender Pachtverträge. Die Verhandlungen sind jeweils von der Bezirkspolizeibehörde zu führen, in deren Bezirk das grösste Teilstück der in Betracht kommenden Jagdflächen liegt. Dieser Behörde obliegt auch die Entscheidung. Mit weiter beteiligten Bezirkspolizeibehörden ist ins Benehmen zu treten. Die sämtlichen Verhandlungen sind nach Möglichkeit zu beschleunigen.
- zu a)

Die Angliederung kommt in Betracht für die Fälle, in denen bisherige selbständige Jagdbezirke die in § 2 der VO vom 20. 11. 34 vorgeschriebenen Mindestgrössen nicht erreichen; das ist der Fall bei Eigenjagden im Hochgebirge mit seinen Vorbergen, die eine zusammenhängende Grundfläche mit einem land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich nutzbaren Raum (§ 8 Abs. 1 des Reichsjagdgesetzes) von unter 300 ha umfassen, ferner bei allen Gemeindejagdbezirken und Gemeindejagdbögen (künftig "gemeinschaftlichen" Jagdbezirke) unter 300 ha im Flachland bzw. unter 500 ha im Hochgebirge mit seinen Vorbergen. Über die Abgrenzung des "Hochgebirges mit seinen Vorbergen" vom Flachland wird noch eine besondere ME. ergehen.

Die Angliederung ist im Benehmen mit dem zuständigen Forstamt (gegebenfalls weiteren Forstämtern und Bezirkspolizeibehörden) unter Berücksichtigung der tatsächlich örtlichen Verhältnisse nach freiem Ermessen durchzuführen. Insoweit Kreisjägermeister aufgestellt sind,

sind diese zu hören und zwar neben den Forstämtern, wenn staatliche Jagden beteiligt sind. Die Angliederung ist, wie schon aus der Verordnung hervorgeht, nicht auf die Zuteilung zu einem Jagdbezirk beschränkt, kann vielmehr auch durch Aufteilung des unzureichenden Jagdbezirks auf mehrere anstossende Jagdbezirke erfolgen. Es können auch zu kleine Jagdbezirke zu einem neuen Jagdbezirk vereinigt werden. Entscheidend sind für die Jagdbezirksbildung die Erfordernisse einer nachhaltigen Wild- und Jagdwirtschaft. Mit der Zuteilung ist die Abrundung der Jagdbezirke an den Grenzen zu verbinden, aber nur insoweit als die Abrundung durch die Neubildung der Jagdbezirke einer späteren Regelung vorbehalten.

Zuteilung und Abrundung haben sich im wesentlichen nach folgenden Grundsätzen zu richten. Die vorgeschriebene Mindestgrösse der Jagdbezirke muss unter allen Umständen erreicht sein. Auf Ausschaltung von Ein- und Ausbuchtungen im Grenzverlauf insbesondere von solchen mit schmaler Ausdehnung von zickzackmässigen Grenzlinien ist zur Hintanhaltung von Meinungsverschiedenheiten über den Grenzverlauf und Streitigkeiten wegen der Jagdausübung Bedacht zu nehmen. Zu dem gleichen Zwecke ist dafür Sorge zu tragen, dass nach Möglichkeit in der Natur sichtbare, leicht erkennbare Grenzen gewählt werden. Bei der Bildung neuer Jagdbezirke sind aber auch die Boden- und Kulturverhältnisse zu berücksichtigen. Die Grundsätze des § 6 Abs. 2 des Reichsjagdgesetzes sind zu beachten.

Zur Einleitung der Verhandlungen ist umgehend ein Verzeichnis über die in Betracht kommenden Jagdbezirke herzustellen, aus dem die erforderlichen Angaben, wie Art der Jagd, Grösse der Bezirke und Name der angrenzenden Jagdbezirke ersichtlich sind. Auf Grund des Verzeichnisses ist -am zweckmässigsten mündlich- mit den weiter beteiligten Stellen ins Benehmen zu treten. In Zweifelsfällen können auch die beteiligten Gemeinden und Jagdpächter gehört werden. Die Entscheidung ergeht in der Form der einfachen Verfügungsverfügung; sie ist endgültig. Für besonders gelagerte Fälle empfiehlt es sich im Hinblick auf etwa zu erwartende Gegenvorstellungen die Gründe der Entscheidung in den Akten kurz niederzulegen.

Die Entscheidung ist den beteiligten Gemeinden bzw. Eigenjagdbesitzern und den Jagdpächtern zuzustellen. Die Gemeinden sind gleichzeitig aufzufordern, die nach § 3 der VO. vom 20.11.34 notwendigen Änderungen der Pachtverträge herbeizuführen und das Ergebnis der Bezirkspolizeibehörde, die die Entscheidung getroffen hat, anzuzeigen. Soweit hierbei ein Pachtverhältnis sich erledigt (vgl. insbes. § 3 Abs. II) ist für umgehende Neuverpachtung Sorge zu tragen.

zu b)

Bei der Vergebung von Jagden gemeinschaftlicher Jagdbezirke, die über mehrere Gemeinde erstrecken, ist bis auf weiteres folgendes Vorhaben einzuhalten.

Die beteiligten Gemeinderäte beschliessen - je für sich, jedoch möglichst in einer gemeinschaftlichen Sitzung - darüber, ob die Jagd im Wege der öffentlichen Versteigerung oder im Vertragswege zu vergeben ist. Bei entsprechender Vorbereitung wird es möglich sein, schon in dieser Sitzung, für den Fall, dass der Vertragsweg gewählt wird, den Pächter zu bestimmen und den Vertrag festzulegen. Andernfalls wird es sich empfehlen, den Bürgermeister der Gemeinde mit der grössten beteiligten Jagdfläche zur Führung der weiteren Verhandlungen beschlussmässig zu ermächtigen. Das gleiche gilt für den Fall, dass die Vergebung der Jagd im Wege der öffentlichen Versteigerung beschlossen wird. Soweit über die Person des Pächters keine Einigung erzielt werden kann, wird der Weg der öffentlichen Versteigerung zu wählen sein. Über die Erteilung des Zuschlags ist wie oben ebenfalls möglichst zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zu beschliessen. Die abzuschliessenden Pachtverträge sind für die sämtliche beteiligten Gemeinden nach Massgabe des Art. 17 Abs. 3 GO. zu unterzeichnen. Die abgeschlossenen Verhandlungen sind mit sämtlichen Beschlüssen der Bezirkspolizeibehörde vorzulegen, die die Entscheidung über die Bildung des Jagdbezirks getroffen hat.

J.A.

gez. Unterschrift.